

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

49. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, auschl. Postbestellgebühr. Erscheinungstage des Korr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 23. September 1911.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergütungsinferate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 109.

Das Abonnement auf den „Korrespondent“

kann monatlich, zweimonatlich und vierteljährlich bewirkt werden, und zwar nur bei der Post. Die Bestellungen sind rechtzeitig aufzugeben, da Nachlieferungen nicht stattfinden. Wer sich über die Vorgänge auf allen Gebieten des Buchdruckgewerbes in Deutschland und im Ausland auf dem schnellsten Wege unterrichten will, muß Leser des dreimal wöchentlich erscheinenden „Korr.“ sein. Das Organ des Verbandes der Deutschen Buchdrucker ist das älteste Gewerkschaftsblatt in Deutschland. • Ein Buchdrucker-gehilfe ohne den „Korr.“ hat seine Zeit nicht begriffen. • Bezugspreis nur 22, 44, 65 Pf. (ohne Postgeld).

Bevor die Würfel fallen . . . !

Zum ersten Male treten am 25. September die Abgeordneten der Prinzipalität und der Gehilfenschaft zusammen, um nach reiflicher Abwägung der gewerblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse wie nach sorgfältiger Prüfung der durch den technischen Fortschritt in unserer beruflichen Arbeit eingetretenen Veränderungen dem von neuem Ausdruck zu geben, „was für die beiderseitigen Beziehungen und Leistungen im Deutschen Reich allgemein als gerecht und billig festzuhalten ist“.

Wenn wir bedenken, daß mit einer konstitutionellen Regelung des Arbeitsverhältnisses im deutschen Buchdruckgewerbe bereits im Jahre 1848 ein Anfang, und zwar ein recht versprechungsreicher gemacht worden ist, und wir sehen, wie ringsumher jetzt unserer Beispiele nachgeahmt wird, und wie heutzutage die Tarifgemeinschaft nur noch bei den Verbänden der Großindustrie eine Frage grundsätzlicher Gegnerschaft ist, so muß den Buchdruckern das Zeugnis ausgestellt werden, daß sie von jeher einen weiten Blick bekundeten.

Dieses Erkennen einer Notwendigkeit, deren man sich in andern Gewerben erst seit kaum einem Dezennium bewußt worden ist, ist jedoch nicht ausschließlich auf ein besonderes soziales Verständnis zurückzuführen, sondern die organisatorische Entwicklung förderte es zum mindesten ebenso. Und wie im Laufe der Jahrzehnte der Organisationsgedanke sich entfaltete oder wieder abflaute, so entwickelte sich oder verkümmerte auch unsere gewerbliche Gesetzgebung. Wer also auf die organisatorische Stärke des einen oder des andern Kontrahenten am Tarife mit scharfen Blicken sieht, und dessen Sinnen und Trachten darin den springenden Punkt für seine Partei erblickt, der kennt noch nicht die Voraussetzungen für eine Tarifgemeinschaft; der weiß nicht, daß nur starke Organisationen ihre Träger sein können.

Wo diese nicht vorhanden, hat ein Tarif nur geringe Ausbreitung, ist seine Einhaltung zum Schaben beider Teile mangelhaft und die Exekutive für Verletzungen des beruflichen Sittengesetzes unzureichend. Tarifverträge sind, wenn schwach entwickelte Organisationen tarifliche Vereinbarungen treffen, häufiger, wie sie ja auch früher bei uns keine Seltenheit waren, während bei einem sicher funktionierenden Organisationsapparat Seitenhänge zur Ausnahme werden. So entschieden z. B. der Berliner Fall zu verurteilen ist, muß doch gesagt werden, daß in einer weniger gut organisierten

Gehilfenschaft sich dergleichen öfters wiederholen könnte, wie es ja bezeichnend ist, daß der Gutenbergbund an diesem Tarifbruche verhältnismäßig stärker beteiligt war als der Verband, wenn auch nur zwei Mitglieder von ihm diese böse Extratour mitmachten. Auch der vor einigen Jahren in Leipzig auf Prinzipalsseite gemachte Versuch mit der Einführung schwarzer Listen wäre, wenn der Deutsche Buchdruckerverein sich nicht so durchgesetzt hätte, vielleicht auch kein Ausnahmefall geblieben. (Daß schwarze Listen einen Tarifbruch darstellen, hat unlängst das Münchner Schiedsgericht für das Baugewerbe entschieden, und daß sie eine zivilrechtliche Haftung ihrer Urheber bedingen, das Landgericht Essen und das Oberlandesgericht Hamm.)

So sollte gerade im Interesse der Tarifgemeinschaft das Stärkerverhältnis der kontrahierenden Organisationen nicht als eine Quelle von Schwierigkeiten angesehen werden, sondern es müßte die Befriedigung darüber herrschen, die man empfindet, wenn man eine Sache gesichert weiß. Kleine Organisationsgebilde sind gar nicht fähig, zu der in der Tarifgemeinschaft sich ausprägenden Gewerkepolitik. Sie sind wie ein Spielball, der hin- und herfliegt und schließlich ein paar Fenstercheiben zertrümmert. Sie schaden mehr, als sie nützen können. Das sehen wir am Arbeitgeberverband und an dem Gutenbergbunde. Wenn diese Tarifgemeinschaftsenthusiasten sich selbst als Sicherheitsventil einschätzen — ein jeglicher von seinem Standpunkt aus —, so sind sie eigentlich nicht einmal das, sondern gewerksmäßige Stänker, die vorlichtige Menschen mit der Kohlenzange anfassen. Es ist ja auch nur die Stärke des Verbandes, die dieses Unbehagen auf dem einen Flügel im Tarifgemeinschaftsgebäude verursacht; der Prinzipalorganisation wünscht man einen noch größeren Aufschwung, wogegen die Gehilfen in ihrem angeborenen paritätischen Empfinden auch gar nichts haben. Weil es aber eine unleugbare Tatsache ist, daß unsere Tarifgemeinschaft und ihre beiden Träger sich in befruchtender Wechselwirkung emporarbeiteten und die jetzige hohe Entwicklungsstufe erreichten, so darf nicht das natürliche Gewordene jetzt einer Belastungsprobe ausgesetzt werden, die zu bestehen sehr schwer, wenn nicht unmöglich sein wird.

1848 war es ein Phantom; ein leuchtendes, weckendes Morgenrot, dem lange, dicke Nebel und dunkle, bange Nacht folgte. 1873 fand dann die Grundsteinlegung unseres Tarifgemeinschaftsbaues statt; es war just nicht das beste Wetter, aber dem Wetter- schlage folgte die Sonne. 1876 und 1878 überzogen starke Herbstfröste das tarifliche Gelände. 1886 erfolgte ein recht notwendig gewordener Ausbau, der namentlich auf der Westseite unter schlechtem Wetter zu leiden hatte. 1889 beschied man sich mit einem kleinen Auspuff. 1891 dann legte ein heftiges Unwetter das einigermaßen wohllich gewordene Gebäude in Trümmer. Die Kollegen Döblin, Eißler und Schliebs waren als Vertreter der Gehilfen direkte Zeugen dieser Katastrophe, von den diesmal erscheinenden Prinzipalvertretern niemand. Nun gab es einen bitterkalten Winter, wie ihn Napoleon 1812 auf seiner Flucht aus Rußland erlebte. 1896 aber haben sie gebaut ein staatliches Haus, als Zimmermeister waren tätig die Kollegen Döblin, Eißler, Gieseler, Krite; von den dieses Mal wiederkehrenden

Prinzipalen nur Geheimrat Bügenstein. Es setzte aber tüchtige Stürme ab, bis man den Neubau unter Dach und Fach hatte. 1901 fanden einige Neuankömmlinge statt — für die Bewohner wurde manches besser hergerichtet. 1906 machte sich eine noch bessere Fundamentierung nötig. Die Meinungen über diese Notwendigkeit gingen auseinander; man beschied sich jedoch, da das Tarifgemeinschaftsgebäude sich in der Tat imponierender ausnahm und auch sonst ganz vorteilhafte Änderungen getroffen wurden. Und 1911 soll es nun eine gründliche Renovierung geben. Die einen befürchten, daß dabei kein Stein auf dem andern bleibt. Die andern sind der Meinung, daß so und nicht anders eine bessere Verzinsung zu erzielen und eine straffe Hausordnung einzuführen ist. Nun kommen die Baumeister herbei, zu prüfen, was gut und was möglich und was mit den vielen Wünschen anzufangen ist. Sie bringen wohl alle die besten Absichten mit, aber doch werden die meisten von ihnen zum ersten Male vor eine solche Aufgabe gestellt. Ja, sie ist sogar auffallend die Verjüngung der tariflichen Baumeister seit dem Umbau im Jahre 1906.

Was die früheren Tarifkommissionen geleistet haben in allen Ehren, die Tüchtigkeit des seit 1896 installierten Tarifausschusses, und im besondern des gleichfalls mit der Wiedererrichtung der Tarifgemeinschaft geschaffenen Tarifamts überragt jedoch weit das bis zum Jahre 1891 Geschehene. Nicht zuletzt aus dem Grunde, als die beiden Organisationen in der Folgezeit der Tarifgemeinschaft ganz andre Stützpunkte waren. Die Männer, die seither dem Tarifgebäude so gute Hauswaller sind, verdienen unter allen Umständen großen Dank von der Allgemeinheit. Das sei gerade jetzt gesagt, wo die Kritik sich auf dieses oder jenes stützt, ohne die Gesamtarbeit und den Gesamterfolg mit der Tariffache gebührend zu würdigen.

Unsre Tarifgemeinschaft hat in den fünfzehn Jahren eine Vervollkommnung erreicht, die hoch erfreulich ist. Und wenn wir sehen, welche Anerkennung ihr in der Öffentlichkeit wird, welche Bedeutung sie in dem öffentlichen Leben unserer Zeit gewonnen hat, so muß das jeden der ihr Angehörigen mit Stolz erfüllen. Die Frage der Nützlichkeit der Tarifverträge wird zuallererst durch die von den Buchdruckern mit ihnen erreichten Erfolge bejaht. Und unterstrichen werden unsre guten Erfahrungen mit der Tarifgemeinschaft durch die günstigen Wahrnehmungen darüber im Bau- und im Braugewerbe, die nächst dem unfrigen am weitesten von den Tarifverträgen erfaßt sind. Auch in andern Industriezweigen noch hat der Tarifgedanke viele moralische Eroberungen gemacht. Wenn trotzdem aus dem Unternehmerlager den Tarifgemeinschaften eine heftigere Gegnerschaft erstanden ist, und wenn gerade bei uns ein kleiner Preis offiziell, ein anderer weniger öffentlich, aber nicht viel weniger aggressiv gegen unser Tarifgebäude Sturm läßt, so spricht das, so bedauerlich dieses Faktum an sich ist, keineswegs zuungunsten der Tarifpolitik. Allerdings sollte deshalb auch die Frontstellung gegen diese Machinationen eine festgeschlossene, und von einer Tarifverdrossenheit mühte nirgends etwas zu spüren sein bei denen, die sich als die Wahrer und Mehrer der Tarifgemeinschaft eingesetzt haben. Es sollte auch alles unterbleiben,

was einer Tarifmüdigkeit Vorschub leisten könnte. Gerade bei dem großen Ansehen, das die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker in der Öffentlichkeit genießt, ist alles, was destruktiv, was zerstörend anstatt aufbauend wirkt, weit abzuweisen.

Bei einem Vergleiche der 1906 gestellten Anträge mit dem unsern Tarifgesetzgebenden jetzt bevorstehenden Arbeitspensum ergibt sich schon äußerlich ein frappierender Unterschied. Vor fünf Jahren sind von den Gehilfen 79 Anträge eingebracht worden, die zu den Sozialzuschlägen gestellten Einzelanträge nicht eingerechnet, da sie in der Hauptsache zur Kompetenz der Kreisämter gehören. Von den Prinzipalen waren nur 19 gestellt. Diesmal aber erreicht der Wunschzettel der Prinzipalität die Ziffer 68, während auf dem unsern 67 sich befinden, d. h. wieder ohne die Einzelanträge zu den Sozialzuschlägen. Das ist eine gewaltige Verschiebung und damit ist ganz und gar bestätigt, was abermals von uns in den letzten Wochen über die völlig veränderte Situation geschrieben worden ist. Daran wird auch nichts geändert durch die Tatsache, daß von der Gehilfen-seite ein Päckchen Wünsche mehr die Nr. 98 des „Korr.“ gefüllt hätte, wenn alle die erforderliche Unterstützung von mindestens vier Kreisen gefunden haben würden. Diese Sondierung schadet aber nicht, denn die definitiv gestellten Anträge wahren die Gehilfeninteressen im weitesten Maße.

Wägt man nun die von beiden Seiten gestellten Anträge nicht nur der Zahl nach, sondern entsprechend ihrem Gehalte, so stoßen wir da von vornherein auf solche Gegensätze, daß es mit den Händen zu greifen ist, wie weit die Interessen auseinandergehen. Hier eine völlige harmonische Übereinstimmung zu finden, wäre mehr als ein Idealzustand, ist eine komplette Unmöglichkeit. Daß die Interessenswahrnehmung auch unter der Tarifgemeinschaft eine so scharfe ist, widerspricht am besten der früher so oft gehörten Behauptung von der Vermittlung durch dieses System einer beide Teile bindenden Regelung des Arbeitsverhältnisses.

Natürlich hält jede Partei ihre Anträge für berechtigt, hat alle zuvor sorgsam auf ihre Durchführbarkeit geprüft und wundert sich nun nicht wenig, daß der andre Teil ganz unwillig den Kopf schüttelt und aus seinen Gebärden deutlich schließen läßt, daß der Partner sich mit seinen Wünschen gewaltig auf dem Holzwege befindet. Die von Gehilfen-seite gestellten Anträge — wir brauchen wohl nicht näher mehr darauf einzugehen, da in den Artikeln „Die soziale Lage der Gehilfen“ Kern und Schale einer genauen Betrachtung unterzogen sind —, die auch wir als angemessen und unabweisbar halten, haben z. B. auf dem andern Ufer die Wirkung gehabt, daß verschiedentlich noch „besondere Maßnahmen“ getroffen wurden. Und welche Stimmung im Gehilfenlager durch die Prinzipalsanträge ausgelöst worden ist, darüber besteht wohl nirgends ein Zweifel. So wäre das Ganze ein gehöriges Aneinandervorbeibehen, wenn es eben — bei uns seither freilich meistens in kleinerem Maßstab, in andern Gewerben jedoch in großem — nicht immer schon so gewesen wäre und auch bleiben wird.

Daß es nicht immer so bleiben konnte: 19 Prinzipals- und 79 Gehilfensanträge, die ersteren oben-drei weniger prinzipiellen Charakters, damit mußte allerdings gerechnet werden und ist von den denkenden, alles aufmerksam verfolgenden Kollegen auch gerechnet worden. Es ist doch wirklich nicht gut möglich, daß wenn in andern Berufen die Unternehmer sogenannte allgemeine Vertragsmuster für die zu vereinbarenden Tarife vorlegen, in denen die schärfsten Register gezogen werden, und es aller Kraft der Arbeitervertreter bedarf, um hier möglichst häufig ein Mitarbande anbringen zu können, daß es da bei einer Tarifrevision der Buchdrucker wie in einer Statbilderschaft zugeht, zumal wo wir seit fünf Jahren das Einsetzen der Scharfmacher ununterbrochen, also nicht einmal mit Schichtwechsel, erleben, worüber wir ja erst neulich in dem Artikel „Nach fünf Jahren“ sprachen. Die Verhandlungen, die nunmehr ihren Anfang nehmen, sind ja dazu da, in dem Widerstreite der Interessen und Meinungen Auswege und Ausgleich zu suchen. Wenn dazu der Wille vorhanden ist, dann geht es auch

Die Prinzipalsanträge sind, wie wir sogleich in dem Artikel „Finale und Overture“ gesagt haben, eben auch „nur Anträge. Auf unserer Seite ist man, wie wir genau wissen, nicht überall damit einverstanden gewesen. Es wurde ein entschiedeneres Auftreten verlangt, Fraktur sollte geredet werden. Nun pflegen wir ja auch ohne freundliche Rippenstöße unsre Pflicht zu erfüllen und wußten auch in diesem Falle genau, was und wann wir etwas zu sagen hatten. Und dann verstehen wir auch ein klein wenig von Taktik, die uns verbietet, die gehilfenseitigen Unterhändler durch eine vorherige Stellungnahme des Verbandsorgans festzulegen, und sie im weiteren gebietet, den richtigen, von Kaustsky in seiner Broschüre „Parlamentarismus und Demokratie“ eingenommenen Standpunkt auch uns zu eigen zu machen: „Nichts ist törichter, als sich am Vorabend einer Aktion vom Gegner in die Karten schauen zu lassen“. Diese Erwägungen sollten unsre Kritiker auch einmal auf sich wirken lassen, und wenn sie dann noch bedenken, daß die „Zeitschrift“ sich bisher in allen Sprachen ausgeglichener hat, wo sie doch im vergangenen und zum Teil auch noch in diesem Jahre manchmal ganz kräftige Seiten im Hinblick auf die Tarifrevision aufzog — dann reden wir einmal wieder über diesen Punkt.

Im allgemeinen haben wir aber gar keinen Zweifel gelassen, wie über die Prinzipalsanträge zu denken ist. Wir sind jedoch heute noch der Ansicht, daß ein Teil nur als Handelsobjekt anzusehen ist, daß aber doch noch genug verbleiben wird, den Gehilfenvertretern die Arbeit recht fauer zu machen. Es soll da so gründlich revidiert werden, daß man nach einer neuen Auslegung dieses Begriffes suchen muß, um das „richtig“ zu verstehen. Da sehen wir — und das zu unserm besonders großen Bedauern — die unaussprechliche Rückwirkung der Berliner Vorgänge, finden in einer Anzahl von Anträgen die Anregungen der Buch- und der Zeitungsverleger verwickelt, stoßen da und dort auf Spuren, die allzugroße Betriebsamkeit, wenn nicht direkten Amerikanismus erkennen lassen und entdecken hin und wieder auch Fußabdrücke, die nur von Leuten aus einer Richtung herrühren können, wo die schärfsten Winde heimisch sind. „Nicht man“ die gerade jetzt ganz unverdäulichen Expectorationen der beiden Scharfmacherorgane, dann weiß man, worauf es ganz besonders abgesehen ist. Selbstverständlich geht den gewerblichen Nebläusen alles noch nicht weit genug. Sie sprechen von ganz schüchternen Versuchen, wie die Rechte der Prinzipale wirksamer wahrzunehmen sind, wo man alle Mühe hat, daß Besonnenheit im Gehilfenlager die Oberhand behält.

Wenn wir nun ein Entgegenkommen der Prinzipale in bezug auf unsre Anträge erwarten, und namentlich in materieller Beziehung, wo es ja sowieso nicht mehr möglich ist, einen völligen Ausgleich für die ungemaine Verteuerung der Lebenshaltung zu erlangen, so kann man von unserer Seite nicht einfach die 68 Prinzipalsanträge mit einer Handbewegung abtun, auf den eignen 67 aber unter allen Umständen verharren. Es muß vielmehr, wie das Tarifamt in seinem letzten Geschäftsberichte ganz richtig bemerkte, von beiden Seiten manche Konzession gemacht werden, wenn eine Verständigung erzielt werden soll. Die Gehilfenvertretung wird ja für die „wesentlichen grundsätzlichen Wünsche“ der Prinzipale die Begründungen hören, und auf unserer Seite werden im Schweigen sicherlich keine großen Übungen abgehalten werden.

Es ist unter diesen Umständen daher ein erfreuliches Moment, daß in der Spartenfrage eine größere Abklärung Platz gegriffen hat; vor fünf Jahren war noch manche scharfe Kante vorhanden. Man ist nun im Verband allgemeiner der Ansicht, daß erst das Gesamtinteresse kommt und dann die Spezialinteressen zur Tagesordnung stehen. Diese werden allerdings diesmal keine unwesentliche Rolle spielen. Das in Leipzig nunmehr beendete Refordesken (für das den betreffenden Herren Kollegen von der Segmaschine ein „Gottadank“ der Organisation gebührt), der in Karlsruhe gemachte Versuch mit einer Segmaschinenschule nach finnischem Prinzipalsmuster und andre Vorkehrungen noch

haben uns jedenfalls die ganzen, uns von der technischen Seite allgemein drohenden Schwierigkeiten aufgezeigt und recht niedliche Absichten kennen lernen lassen. Aber die Gehilfenvertreter werden auch hier dafür sorgen, daß die Kirche im Dorfe bleibt.

Bei den Berliner Schriftgießern ist es vor einigen Wochen gelungen, trotz der maschinellen Neuerungen zu einem auch für die Gehilfen annehmbaren neuen Tarifabschlusse zu kommen. Die Buchbinder konnten in diesem Sommer ihren sogenannten Dreißigstetertarif auf der Grundlage einer auf 52½ Stunden pro Woche reduzierten Arbeitszeit und einer befriedigenden Löhnerhöhung erneuern, obwohl doch die Maschinenarbeit auch hier eine Rolle spielt. Bei den Lithographen und Stein-druckern in Leipzig ist es allerdings jetzt bezüglich der Hauptforderungen Arbeitszeitverkürzung und Löhnerhöhung zu keiner Verständigung gekommen. Die Verhandlungen sind als aussichtslos abgebrochen, die Klindigungen eingereicht, der Kampf beginnt. Da unsere Ausichten noch das günstige Moment der Reichstagswahlen zu Hilfe kommt, die Prinzipale auch nicht vor der öffentlichen Meinung bestehen könnten, wenn sie in der Lohnfrage zu geringe Konzessionen machen sollten — soeben hat der Rat von Dresden den städtischen Arbeitern Mietszuschüsse bewilligt als Äquivalent für die Steuerung! —, so hoffen wir, daß es auch bei uns zu einer Einigung kommt, denn mit dem Odium geringerer Friedensliebe als die Buchbinderei- und die Berliner Schriftgießereibesitzer werden sich doch unsre Prinzipale nicht beladen wollen. In den andern wesentlichen Fragen wird man auch nicht alles auf eine Karte setzen wollen, denn selbst die Leitung der Metall-industriellen hat, wie die Vorgänge der letzten Wochen es gelehrt haben, sich einen Kampf auf der ganzen Linie zweimal überlegt. Es braucht ja, wenn alle Trümpfe auf einmal, ausgespielt werden sollten, auch nicht wieder so zu kommen wie 1891. Der Kriegsgott ist bekanntlich recht launisch.

Freilich, die Möwen fliegen schon dicht über dem Wasser. Und wenn man die „Rüstlinge“ der Zeitungsverleger verfolgen konnte — wir sind über alles orientiert! —, die bei den Buchdruckereibesitzern zum Teil Nachahmung fanden, wovon die hübschen, namentlich in Sachsen und Rheinland-Westfalen florierenden Verpflichtungsscheine (im Falle des Scheiterns der Verhandlungen oder eines Stillstandes resp. einer Aussperrung keine Sonderbewilligungen den Gehilfen oder Hilfsarbeiten gegenüber eintreten zu lassen und andern keine Kunden abzutreiben) das beredteste Zeugnis ablegen, dann sind schwere Sturmzeichen vorhanden. Aber die vorbereitete „Abwehrorganisation“ hat doch ihre großen Verdienlichkeiten, wenn man bei uns 63000 Mann, einen starken Kriegsfonds, als Bundesgenossen die Hilfsarbeiter und als Rückendeckung das große Heer der freien Gewerkschaften sieht, woneben sich die Sicherheitsventile Gutenbergbund, Prinzipals-kasse usw. doch etwas gar zu armelig ausnehmen. Der Bund der Industriellen ist auch nur ein schwacher Trost, so daß es besser gewesen wäre, man hätte sich mit den Rüstungsmandatären mehr Beschäftigung auferlegt. Jedenfalls aber werden die hier berührten sehr realen Dinge auf der andern Seite die von uns erhoffte beruhigende Wirkung ausüben, so daß die Tarifverhandlungen sich nicht unnützerweise in diese falsche Richtung verlieren.

Die Tarifberatungen werden diesmal von längerer Dauer sein und werden gewaltige Anforderungen an alle Teilnehmer stellen. Unsre Kollegen müssen sich also von vornherein mit größerer Geduld wappnen und darin sich unsre österreichischen Kameraden zum Vorbilde nehmen, deren letztmalige Tarifverhandlungen (1905) sich fast neun Monate hinzogen, während welcher Zeit jedoch musterhafte Ruhe unter den Kollegen herrschte. Wenn aber dann die Vertreter heimkommen und der „Korr.“ das Ergebnis der Verhandlungen in die Lande hinaus-trägt, dann sei auch der Letzte sich dessen bewußt, daß von der Gehilfenvertretung alles, aber auch alles versucht worden ist, für die Kollegen-schaft das denkbare Möglichste herauszuschlagen. Die

Männer, die in den kommenden heißen Tagen mit ihrer ganzen Person für die Gehilfeninteressen einzutreten haben, sie verdienen dann unser Vertrauen gerade so, wie sie es haben bei ihrer Abreise nach Berlin. Allen wird es niemals recht zu machen sein, und diejenigen, die am meisten zu kritisieren und rätionieren haben, sind gegebenenfalls durchaus nicht immer die besten Sachwalter der Gehilfenschaft geworden.

Nun sollen also die Würfel fallen — zum ersten Male! Monatlang liegt ein banger Zweifel über dem ganzen Gewerbe, und das Fragepiel Krieg oder Frieden hat jedenfalls schon häufig auf beiden Seiten ein fragwürdiges Ende gehabt. Möge der Ausgang der Verhandlungen nun um so unfraglicher sein und — unser aufrichtiger Wunsch in zwölfster Stunde — es statt zu einer opfervollen Machtprobe zu einem akzeptablen Frieden kommen. Zu einem friedlichen Ausgleich der beiderseitigen Interessen, der den Prinzipalen gibt, was ihnen ist, und nicht zuletzt ihnen eine Gewähr bietet, daß sie — ein schwer in die Wagjale fallendes Moment! — auf die Kraft des Verbandes bei ihren Preisbestrebungen rechnen können. Aber andererseits auch zu einem Ausgleich, der für unsere Organisation keine moralische Kränkung bedeutet und der Gehilfenschaft ein Arbeitsverhältnis garantiert, das materiell wie ideell dem Menschen gestattet, Mensch zu sein, und ein wirklicher Ausdruck dafür ist, was für die beiderseitigen Beziehungen und Leistungen als gerecht und billig zu gelten hat!

1891—1911.

Zwanzig Jahre sind im Strome der Zeit dahingeflossen, seit die größte aller Bewegungen im Buchdruckerberufe, welche die Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde erstrebte, einsetzte. Galt es doch Raum, d. h. Arbeit und Brot für unsere konditionslosen Kollegen zu schaffen und unsre Klassen etwas zu entlasten. Niemals war in unserm Berufe ein größerer Enthusiasmus und eine größere Kampfstimmung vorhanden. Man erinnere sich beispielsweise nur an die Mittelweintage im goldenen Jahre!

Unsere Gehilfenvertreter hatten bei den Tarifverhandlungen die Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde verlangt. Die Verkürzung der Arbeitszeit wurde prinzipialseitig aber als ein Noli me tangere betrachtet. Dieser eine dementsprechende Erhöhung des Lohnes war ihr Standpunkt. Es kam also bei den Tarifverhandlungen zum Bruch und damit zum Streike. Bekanntlich waren unsre Verhältnisse gut, was bei einem sich über zwölf Wochen hinziehenden Streike doppelt von Wert war.

Durch das Fehlen einer gründlichen Berufsstatistik waren wir nicht richtig orientiert. Es trafen uns daher viele Tausende von Nichtorganisierten entgegen. Leute, die niemals von ihrer Scholle losgekommen und nicht wußten, was eine anständige Kondition ist, strömten zu Tausenden von ihren Landorten in die Städte und besetzten die verwaisten Stellungen. Und welches Material von „Künstlern“ da kam und wie es erst eines tüchtigen Drills bedurfte, um diese „Musterknaben“ nur einigermaßen gebrauchen zu können! Denn was ein gut eingearbeitetes Personal wert ist, wurde manchem Prinzipal erst in dieser Zeit klar. Daß 1891 die Forderungen der Gehilfen nicht durchgesetzt wurden, daran trug die Hauptschuld der Judifizierensismus der Massen.

Wir verloren, für die damalige kleine Armee doppelt ehrend, einen aus den besten Motiven benannten gigantischen Kampf. Kämpfe kosten Opfer, haben wie drüben. Hat doch mancher „ehrliche Kollege seine Existenz aufs Spiel gesetzt, wurde hier- und dort hin verschlagen und mußte lange kämpfen, bis er sich wieder emporrüchten konnte. Wahre Märtyrer wurden geschaffen.

Aber auch auf Seiten der Prinzipalität waren die Opfer keine geringen. Die Arbeiter, die Kundschaft und manche Offizin selbst gingen pleite.

Die Tarifgemeinschaft war in die Brüche gegangen, die Anarchie trat an ihre Stelle und damit waren der Schmugalkonkurrenz Tür und Tor geöffnet, zum Schaden der Prinzipale wie der Gehilfen. Der Verband war unterlegen und mancher organisationsfeindliche Prinzipal glaubte, daß er sich nie mehr von dem gegen ihn gerichteten Schlag erholen würde. Der „gute“ Bund der Streikbrecher aber prosperierte. Und doch war der Verband, wie die Österreicher bei Solferino, der eigentlich, und zwar der moralische Sieger!

Nachdem die Tarifanarchie eingegriffen und für das Gesamtgewerbe Verhältnisse geschaffen hatte, die das Druckgewerbe auf einen bedauerlichen Tiefstand brachte, begann man sich allmählich, daß der kollektive Arbeitsvertrag für beide Teile doch das einzig Richtige sei. Und wie die Zeit geschlagene Wunden vernarbt, so war es auch hier der Fall. Man kam zu einer Annäherung und Wiederannahme der Tarifgemeinschaft im Jahre 1896. Die geschaffenen Tarifinstanzen funktionierten gut. Das

Druckgewerbe prosperierte wieder. Der zu Boden getretene Verband reorganisierte sich und stieg zu einer zuvor nie geahnten Höhe, moralisch und finanziell. Die Indifferenzen wurden ausgerüttelt, mancher Saulus wurde ein Paulus und nun gewerkschaftlich errogen. Heute sind etwa 93 Proz. aller deutschen Buchdrucker im Verband organisiert.

Schon bei der 1891er Bewegung waren die Mitglieder der Großdruckstädte zum Teil Gegner der Tarifgemeinschaft, weil sie, gestützt auf die Eigenart ihrer Verhältnisse, mehr zu erringen gedachten ohne Tarifgemeinschaft als mit ihr. Sind wir nun nicht mit dem kollektiven Arbeitsverträge gut gefahren? Wenn wir auch heute, gestützt auf unser eigenes Kapital und das sämtlicher Gewerkschaften, besser als vor 20 Jahren einen Kampf führen könnten, so müßten wir doch an der Tarifgemeinschaft und ihrem Ausbau festgehalten wissen als erprießlich für beide Kontrahenten. Gingen doch ohne Ordnung Rom und Sparta verloren! Trotzdem wollen wir nicht wünschen, daß unsre Vertreter: zu allem Ja und Amen sagen.

Hoffen wir, daß die enorm hinaufgeschraubte Lebenshaltung für uns eine gleichwertige Erhöhung der Grundpositionen im Gefolge hat, und die Tarifrevision auch eine Verkürzung der Arbeitszeit bringt. Alle Branchen haben heute höhere Produktionskosten. Es wäre daher an der Zeit, den Druckpreisetarif durchzuführen und die Abonnements auf Zeitungen, Zeitschriften usw. höher zu setzen. Müßten sich unsre Prinzipale und die Verleger andre Gewerbe da als Vorbild dienen lassen.

Möge nun über den Verhandlungen der kommenden Tage ein guter Stern schweben zu Nutz und Frommen des Gesamtgewerbes, denn wo ein Wille, gibt es auch einen Weg. Glück auf!
Vom Mittelrhein. * *

Von der Jenaer Woche.

(Schluß.)

Wenn wir bei Abschluß der vorletzten Nummer hätten wissen können, daß der sechste Verhandlungstag nichts Bemerkenswertes mehr bringen würde, konnte in einem Aufwachen alles erledigt sein. So aber mußte wegen Raummangetes der Schlußartikel noch um eine weitere Nummer hinausgeschoben werden.

Süddeutsch am dritten und Nebel am fünften Tage bei seinem bereits erwähnten Referat über die Reichstagswahlen sprach über die Teuerung: Letzterer erkannte an, daß diese furchtbare Geißel nicht bloß durch die Hölle und Steuern, sondern auch durch die Dürre und die Mizernten dieses Sommers hervorgerufen sei. Die Teuerung würde dauernd sein, wenn auch bei einer reichlichen Ernte die Lebensmittelpreise zeitweise etwas heruntergehen könnten. Lohnverhöhungen seien unangebracht, geeignet; das Loch, das die Teuerung gerissen, müßte durch den Staat geschlossen werden. Die Unternehmer könnten also etwas erleben. Jeder Arbeiter müsse jetzt der Gewerkschaft und der Konsumgenossenschaft beitreten. Das Genossenschaftswesen der Bauern aber sei bereits in Lebensmittelerzeugung ausgearbeitet, die Wider- und Fleischerorganisationen machten darin tüchtig mit. Die Arbeitergenossenschaften jedoch kämpfe man. Die Lebensmittelpreise würden eines Tages sicher aufsteigen, denn die Teuerungverhältnisse werden zur Hauptfrage werden. Wenn einmal die Frage der Sozialisierung auftauche, dann am ehesten in der Landwirtschaft; dort sei sie am allerleichtesten durchzuführen. Süddeutsch sprach sich zur Begründung einer Resolution zu dieser brennenden Angelegenheit in dem gleichen Sinn aus. Wenn in anderen europäischen und überseeischen Ländern ebenfalls eine starke Preissteigerung zu konstatieren sei, so hätte die Teuerung doch in Deutschland den höchsten Grad erreicht, und zwar infolge volksschädlicher Maßnahmen unsrer Gesetzgebung und der Verwaltung. Die Kinderlosigkeit gehe schon über alles Maß hinaus, der fluchwürdigen Aushungerungspolitik müsse ein Ende bereitet werden. Die angemommene Resolution besagt zunächst, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sofort beim Zusammentritte des Reichstags die Regierung über die Teuerung interpellieren werde. Dann werden zur Bekämpfung der mit Recht als verhängnisvoll bezeichneten Teuerung aller Lebensmittel von der Reichsregierung gefordert die sofortige Suspension der Zölle auf Lebens- und Futtermittel, die Öffnung der Grenzen unter Aufrechterhaltung der notwendigen veterinärpolizeilichen Vorsichtsmaßregeln für den Verkehr ausländischer Viehes und Felleisches, die Aufhebung des Systems der Einfuhrzölle; von den Landesregierungen Ermäßigung der Eisenbahntarife für den Verkehr mit Nahrungs- und Futtermitteln aller Art; von den Gemeinden Veranstaltungen zur Förderung der Produktion und des Verkehrs der Lebensmittel in folgendem Umfange, daß eine Beeinflussung der Preisbildung durch die Gemeinden gesichert ist. Ferner wird in dieser Resolution zum Eintritt in die freien Gewerkschaften, zum Konsumgenossenschaftlichen Zusammenschlüsse sowie zur Werbearbeit für die sozialdemokratische Presse aufgefodert.

Ganz Eigenartiges bot sich bei dem Punkte Maisfeier. Pfannkuch sprach darüber und konstatierte, daß sie große Fortschritte gemacht habe. Worüber man berechtigter Zweifel hegen kann, denn eine Beteiligung von etwa 10 Proz. an der Arbeitsruhe, wie sie schon mehrfach tagiert worden ist, dürfte wohl nicht sonderlich groß sein. Zu den Vorträgen, die die Aufhebung des unglücklichen Nürnberger Beschlusses erstrebten, wonach diejenigen Mitglieder der sozialdemokratischen Partei, die ihres Tages-

verdienstes durch die Beteiligung an der Maisfeier nicht verlustig gehen, diesen an den Maisfeierfonds abzuführen müssen, habe der Parteivorstand keine Stellung genommen; Pfannkuch erklärte aber, daß die in den sozialdemokratischen Betrieben beschäftigten Mitglieder dem Nürnberger Beschlusse nachkommen müssen. Es war zu diesem Punkte von Ribbe beantragt worden, die Maisfeierfrage nochmals auf die Tagesordnung des nächsten internationalen Kongresses zu setzen. Pfannkuch hatte dagegen schon in seinem Referat Stellung genommen. Die Deutschen nähmen es ernst mit den auf diesen Tagungen gefassten Beschlüssen, die andern Länder nicht so, da habe es mehr mit der bloßen Sympathie sein Bewenden. Dieses Eingeständnis sagt sehr viel und ist zugleich die treffendste Kritik des Pariser Beschlusses von 1889, der die Maisfeier uns beschert hat, worüber nun schon 22 Jahre der Meinungsstreit geht und auch noch lange anhalten wird, denn die Arbeitsruhe am 1. Mai ist und bleibt eine Sache, die nicht aus der Entwicklung herausgereift ist, sondern die man damals überfürt hat und nun sich selbst zum Mißvergnügen ewig herum-schleppt. Noch nie haben sich überleitete Beschlüsse so gerächt wie in diesem Falle. Der Antrag Ribbe wurde aber entgegen dem Ersuchen des Referenten dennoch angenommen, und so wird sich denn der nächste internationale Kongreß noch einmal mit dieser ewig wunden Frage zu befassen haben. Wenn unsre Forderung auch nicht allzu groß ist, so ganz und gar geben wir sie aber doch nicht auf und wünschen deshalb, daß man die Arbeitsruhe am 1. Mai ad acta legt.

Ein weiterer aus einer ganzen Reihe von Orten und sogar von sieben sächsischen Wahlkreisen gestellter Antrag zur Maisfeier bezweckte die Aufhebung des unglücklichen Nürnberger Beschlusses. Sechs sächsische Kreise hatten einen Eventualantrag eingebracht, nur eine Mark vom Tausend des Jahresarbeitsverdienstes abzuführen. Die Debatte war sehr, sehr interessant, denn sie führte Rabale und Revisionisten bunt durcheinander teils gegen, teils für diesen Aufhebungsantrag ins Gesicht. Die Sachen bekamen die Wille, sie stellten die größten Anforderungen an die sozialrevolutionäre Taktik, forderten den politischen Massenstreik und hier sperrten sie sich gegen die Ausführung eines Tagesverdienstes. Von der Befürworter wieder wurde der Nürnberger Beschluß ein Ausnahmengesetz, ein Hemmschuh, ein Rückstößel genannt, das schon zu den größten Differenzen geführt habe. Die Gewerkschaftsführer und die Genossenschaftsleiter erhielten noch manchen Rippenstoß, ganz besonders dort aber kamen die bösen Buchdrucker dabei weg. Tatsache ist ja wohl, daß sie sich in mehreren Orten geweigert haben, diesem Zwange sich zu fügen; in Dresden hatten unsre Kollegen wegen ihrer Weigerung in einer Versammlung vor sechs Wochen sogar ein strenges Hochgericht zu bestehen. Der Leipziger Delegierte Lipinski bezog sich die in sozialdemokratischen Betrieben beschäftigten Buchdrucker als „höchstens höchstens parteigenossen“. Eine „Wahlgenossenschaft“ wogereit aus Personal der „Leipziger Volkszeitung“ in einer dieser Tage abgehaltenen Versammlung gehörigen Protest einlegte. Daß die Buchdrucker aber mehr die Prügelknaben waren, die für andre den Buckel hinhalten mußten, bestätigte Lipinski freudlich selbst mit der verheißungsvollen Absichten eröffnenden Mitteilung, in Leipzig hätte man auch 300 Konsumvereinsangestellte hängen müssen, die gleichfalls sich nicht vor dem Gefährhute von Nürnberg beugten. Wie konfliktreicher dieser verheißte Beschluß ist, gab der Vortragsende des Schuhmacherverbandes, der gewiß nicht zu den Flaumachern gehört, zu erkennen, indem er sagte, ihm graue vor der Bornahme von Auschlüssen wegen des verweigerten Maisfeiertributs. Aber es half alles nichts. Pfannkuch betonte, daß das Ausschlußverfahren bei einer beherrschlichen Weigerung in diesem Falle wohl eröffnet werden könnte. Die Abstimmung ergab dann, daß die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses mit 237 gegen 152 Stimmen abgelehnt wurde und ein Hamburgher Antrag, der ausdrücklich das Ausschlußverfahren angeleitet wissen will in derartigen Weigerungsfällen, wurde gar mit 279 gegen 101 Stimmen angenommen. Beide „Fakultäten“ wieder höchst durcheinander beim Für und Gegen. Diese Beschlüsse schaffen natürlich keine Besserung, sondern werden die Sache noch verschlimmern. Denn nicht nur die Angestellten der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften, sondern auch die in Partei-, Gewerkschafts- und Genossenschaftsbetrieben beschäftigten Arbeiter werden davon betroffen, natürlich nur, sofern sie der sozialdemokratischen Partei als Mitglieder angehören. Man hat also den Zeufel mit Beelzebub ausgetrieben. Selbst in sozialdemokratischen Blättern begegneten wir der Meinung, daß dieser Beschluß von Jena sehr unglücklich sei. Das stimmt vollat, die Folgezeit wird es lehren.

Ein andres Mal, und zwar vorher schon, mußten die Buchdrucker auch Spießruten laufen. Es war wegen des bekannten Geheimzirkulars, das der sozialdemokratische Parteivorstand gemeinsam mit der Generalkommission hinausgeschickt hatte, die gefäßliche Schreibeise namentlich der Organe in Solingen, Eberfeld gegen unsre Organisation im Falle Scherl verurteilend. Die Gestäupten schrien allmächtig laut und brachten auch andre Gemüter mit in Wallung. Wie konnte aber auch die Objektivität der Parteileitung so weit gehen, den Buchdruckern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen! Gleich dem Geschäftsbericht, also am ersten Tage schon, raste darob die See nach einem Opfer, und sie bekam es — den „Korr.“! Der Parteisekretär Müller begann schon mit dem Entpieren. Eine Stelle aus dem „Korr.“ diente ihm dazu, das Maß unsrer Sünden fast noch voller erscheinen zu lassen als das Konto der „Vergifteten Arbeiterstimme“

und der „Freien Presse“ in Elberfeld. Nun handelt es sich dabei aber nicht um eine Entlassung der Redaktion des „Korr.“, sondern ein Schriftführer, der sich überhaupt einer billigeren Ausdrucksweise bedient, hatte in einem Versammlungsberichte sich allzu sehr gehen lassen. Uns trifft nur insofern eine Schuld dabei, als diese Stillblüten nicht dem Notizbuche verlesen. Es ist das wieder ein Beweis, daß die Redaktion unbekümmert um das Geschimpfe der Schriftführer oder vielleicht ganzer Versammlungen von ihrem Streichungsrechte rücksichtslos Gebrauch zu machen hat, wenn etwas aus irgendeinem Grunde zu beanstanden ist. Wir haben, wie Figuren zeigt, die preßgesetzliche und die moralische Verantwortung zu tragen und nicht jene, die wegen einer Streichung uns gleich die Freundschaft aufkündigen. In Zukunft wird also noch rücksichtsloser getrostet. Daß Dittmann, der Spiritus rector des Solinger Blattes, mit einer solchen Hartnäckigkeit um den Tagespreis kämpfen würde, hätten wir trotz seiner uns genügend bekannten Art, immer auf dem hohen Rosse zu sitzen, denn doch nicht gedacht. Er war ganz Unschuld, die Leitung unsres Verbandes und der „Korr.“ aber pechschwarz. Begien nagelte ihn auf seinen Unsin und seine Unkenntnis in den einfachsten Dingen gehörig fest. Aus Elberfeld stammte der Unschuldengel Hoffmann, seiner Couleur nach selbst Buchdrucker. Er hatte die Dreifaltigkeit, der „Freien Presse“ die sachlichste Stellungnahme nachzusagen, dem „Korr.“ aber „wachsen und monatelang“ — warum nicht gleich ganze Jahre? — Bekämpfung des Elberfelder Blattes „in der größten Weise“ anzuhängen. Daß Hoffmann uns gar noch vorwarf, wir hätten die Arbeiterpresse überhaupt bei dieser Angelegenheit wie geschilbert angegriffen, kennzeichnet ihn als einen Menschen, der entweder nicht weiß, was er spricht, oder es mit der Wahrheit nicht genau nimmt. Denn erwiesenermaßen haben wir unsere Sache immer in ganz bestimmter Form nur den angezeigten Blättern gegenüber verteidigt. Die beiden Vorstandsmitglieder Wels (Berlin) und Frau Ziegler (Solingen) auch nicht viel Gutes, dabei die Vergangenheit der Gegenwart verwechselnd und überhaupt erkennen lassend, daß man den „Korr.“ auch verurteilen kann, wenn man ihn nur dann und wann einmal liest. Außer Legien erstanden den Buchdruckern eigentlich nur zwei Verteidiger. Der Delegierte Söllner (Frankfurt a. M.) meinte, wenn die Redaktionen der sozialdemokratischen Presse in der Tariffrage schon in den neunjährigen Jahren auf dem heutigen Standpunkte gestanden hätten, dann wäre mancher Kampf mit den Buchdruckern erparat geblieben. Ähnlich läge es jetzt. Er empfahl demgemäß den Redaktionen bringend größere Reserve. Dann war es noch ein Fräulein Wien (Berlin), die sich für die Buchdrucker ins Zeug legte und erklärte, die Buchdrucker hätten überall ihre Solidarität bewiesen, worauf ein doppelt bemerkswerter Zwischenruf kam, nämlich ein „Sehr richtig“ von August Bebel! Fräulein Wien machte dann noch die mit Söllner übereinstimmende Äußerung, der Buchdruckerverband wäre hahnbrechend auf dem Wege des Tarifvertrages vorgegangen und warf der Arbeiterpresse überheißes Handeln vor.

So ging also die Geschichte aus: einige gute und anerkennenswerte Ausführungen, im allgemeinen aber ein durch Sachlichkeit nicht allzusehr getrübtetes Urteil, und im besondern noch bewußte Entstellungen und Verbeugungen der wirklichen Schuldigen. Wenn es in den Hallen der Thémis eben so gerecht zugeht, wird es sehr schwer halten, einmal recht zu bekommen. Herr Dittmann aus Solingen, der es als Pflicht der sozialdemokratischen Presse bezeichnete, „sich auch mit den internen Angelegenheiten der Gewerkschaften zu befassen und rücksichtslos auszusprechen, was ist“, hat inzwischen schon in einer großen Solinger Gewerkschaftsversammlung sein Debacle gefunden. Am 16. September war es, da hat man der „Vergiftigen Arbeiterstimme“ gehörig die Leutten gegeigt, weil sie nämlich über den von den Solinger Lokallisten dem Metallarbeiterverbande gegenüber verübten kompletten Streikbruch sich vollständig ausschwie; ihr wurde die Hauptschuld an der gegenwärtigen Situation in Solingen zugemeinert.

Unser Urteil über die Jenaer Woche in Nr. 107 brauchen wir nicht zu korrigieren. Mit der Dresdner kann man ein ganz Teil zufriedener sein. . . .

Korrespondenzen.

Brandenburg a. S. In der am 16. September abgehaltenen Versammlung, die verhältnismäßig gut besucht war, wurden die zur Tarifrevision gestellten Anträge eingehend besprochen, insbesondere einige Anträge der Prinzipale, welche eine beträchtliche Verschlechterung für die Gehilfen bedeuten. Nach Würdigung der ganzen Umstände einigte sich die Versammlung dahin, der Leipziger Resolution zuzustimmen unter dem Ausdruck des Bedauerns darüber, wie im Geschäftsberichte des Tarifamts von einer Übersetzung des zulässigen Maßes der Antragstellung durch die Gehilfen gesprochen werden konnte.

Breslau. Die am 13. September abgehaltene gute besuchte Mitgliederversammlung beschäftigte sich eingehend mit den Anträgen zur Tarifrevision. Nach Erörterung einiger tariflicher Vorkommnisse entfaßte sodann die Regierung des Herbergsmeisters eine rege Diskussion, welche allerdings zu einem definitiven Beschlusse nicht führte, jedoch dem Vorstand aufgab, so schnell, wie möglich eine Verbesserung in die Wege zu leiten. Ferner wurde bekanntgegeben, daß am 24. September eine Vertrauensmännerversammlung im „Pariser Garten“ stattfindet, wozu auch besonders die Vertrauensleute unserer Bezirksorte eingeladen sind. An Unterhaltungen wird uns das kommende Winter-

halbjahr im Dezember einen Experimentalvortrag des Physikers Herrn Stadthagen und im Februar einen „Geistlichen Abend“, veranstaltet von Frau Walfotte, bringen.

Chemnitz. Die letzte sehr gut besuchte Ortsvereinsversammlung beschäftigte sich mit dem Thema: „Die bevorstehende Tarifrevision und die gestellten Anträge der Prinzipale hierzu“. Kollege Stoy kritisierte in längeren Ausführungen, die vom Kollegen Dähnel noch wesentlich untertützt wurden, die Anträge der Prinzipale. Die hierauf einsetzende, recht rege Diskussion fand ihren Niederschlag in folgender Resolution: „Die am 17. September 1911 im Vereinslokale „Thalia“ stattgehabte Versammlung der Mitgliederschaft Chemnitz des Verbandes der Deutschen Buchdrucker protestiert ganz entschieden gegen die Worte im Geschäftsberichte des Tarifamts, wonach die Gehilfenschaft mit ihren Anträgen zum Teil arg über das Maß des Möglichen und Zulässigen hinausgegangen ist. Die Versammlung stellt fest, daß diese Redewendung in bezug auf die ordnungsgemäß gestellten Anträge der Gehilfenschaft nicht zutrifft, jedoch bezüglich der von der Prinzipalität gestellten Anträge am Platze gewesen wäre. Die Versammlung erwartet von der Verbandslitung und den Gehilfenvertretern im Tarifauschusse, daß sie in Anbetracht der vorliegenden Prinzipalsanträge zur Tarifrevision, die zum großen Teil nur Vorteile ideeller und materieller Art für die Prinzipalität und nur Nachteile für die Gehilfenschaft in sich schließen, die Interessen ihrer Mandatgeber nach jeder Richtung hin wahrnehmen. Die Versammlung erwartet ferner von der Tarifrevision bestimmt eine den allgemeinen Feuerungsverhältnissen entsprechende Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung, und ist gewillt, die Forderungen mit Nachdruck zu vertreten.“ Mit freudiger Begeisterung erfolgte die einstimmige Annahme der Resolution.

Saumburg. (Norddeutscher Maschinenfabrikerverein.) In der am 17. September abgehaltenen gut besuchten Versammlung nahm neben „Mitteilungen“ die Behandlung des „Technischen“ einen breiten Raum ein. Für die nächste Versammlung wurde die Vorförderung des neu erfundenen Spationierapparats in Tätigkeit angelegt. Über den praktischen Wert der in Nr. 106 des „Korr.“ erwähnten Motorseherei im Buchgewerbehaus in Leipzig war man der einmütigen Ansicht, daß solcherart erreichte Resultate bei der Normierung der Durchschnittsleistungen niemals einen Maßstab abgeben könnten. Geringe Entwürfe aber müßte es jeden Kollegen, wenn sich Maschinenfabriker für Zwecke mißbrauchen ließen, die letzten Endes die Gesamtkollegenchaft schädigten. Raum anzunehmen sei, daß Verbandsmitglieder dazu ihre Hand böten; vielmehr scheide es sich hier nur um zu gefügige Werkzeuge der Fabrik zu handeln. Die Besprechung der von der Prinzipalität gestellten Anträge zur Tarifrevision löste eine sehr eingehende, sich in ruhigem Gange bewegende Debatte aus, die mit der einstimmigen Annahme der folgenden Resolution endete: „Die Versammlung des Norddeutschen Maschinenfabrikervereins nimmt die Anträge der Prinzipale, die Seznamaschinen betreffend, zur Kenntnis. Sie hat die feste Überzeugung, daß die Gehilfenvertreter, denen sie volles Vertrauen ausdrückt, diese Anträge nicht Tarifgesetz werden lassen.“

Magdeburg. Die am 9. September hier abgehaltene Ortsvereinsversammlung beschloß, eine außerordentliche Versammlung anzuberaumen, in welcher den Kollegen Gelegenheit gegeben werden sollte, sich eingehend mit den Prinzipalsanträgen zur Tarifrevision zu beschäftigen. Diese Versammlung hat am 19. September getagt. Sie war sehr gut besucht, was wohl als ein Zeichen dafür angesehen werden kann, daß die Magdeburger Kollegenchaft ein großes Interesse an der Tariffrage hat. Als Referenten hatten wir den Kollegen Helmholz (Leipzig) gewonnen. Nach den einleitenden Ausführungen, in welchen Redner den Wert der Tarifgemeinschaft im allgemeinen beleuchtete, ging er auf die Prinzipalsanträge zur Tarifrevision ein. Es mißte leider gesagt werden, daß die meisten Prinzipalsanträge die Tendenz in sich trügen, die Tarifgemeinschaft nicht auszubauen, sondern sie abzubauen. Dieser Tendenz müßte die Gehilfenschaft nach Kräften entgegenzutreten durch konsequentes Festhalten an der Tarifgemeinschaft und ihren weiteren Ausbau. Die gewerkschaftliche Disziplin verpflichtete uns dazu, selbstgeschaffene Gesetze zu respektieren. Redner ging dann auf die maschinellen Umwälzungen und die dadurch hervorgerufenen technischen Veränderungen in unserem Gewerbe des näheren ein und betonte, daß diese in Zukunft eine große Rolle bei Tarifrevisionen spielen würden. Wenn er auch nicht dazu raten könne, den kommenden Ereignissen mit großem Optimismus entgegenzusehen, so seien doch Schwierigkeiten schließlich auch nur dazu da, um beseitigt zu werden. Er sei überzeugt, daß die Gehilfenschaft alles dafür einsehen werde, ihren unter den jetzigen Feuerungsverhältnissen nur als zu berechtigt zu bezeichnenden Forderungen zur Durchsicherung zu verhelfen. Kollege Helmholz entsetzte für seinen tiefverdienten Vortrag, der für viele Kollegen recht lehrreich war, reichen Beifall. Nach kurzer Diskussion wurde folgende vom Vorstand eingebrachte Resolution einstimmig angenommen: „Die heute am 19. September abgehaltene Ortsvereinsversammlung erblickt in den Anträgen der Prinzipale zur Tarifrevision das Bestreben einer durchgehenden Verschlechterung der Tarifpositionen der Gehilfenschaft. Die Versammlung erwartet von ihren berufenen Vertretern, daß sie die Interessen der Gehilfenschaft nach jeder Richtung hin wahren.“

München. (Maschinenfabrikerverein.) Wenn nicht alle Zeichen trügen, gehen wir einer erfreulichen Besserung im Vereinsleben entgegen, wenn man aus dem Besuch der letzten Versammlungen einen Schluß ziehen kann. Auch

die am 16. September stattgehabte Monatsversammlung hatte einen Besuch aufzuweisen, wie er schon seit einer Reihe von Jahren nicht mehr zu verzeichnen war. Nachdem sechs Aufnahmen und zwei Übertritte sowie die „Vereinsmitteilungen“ von der Versammlung erledigt waren, nahm der im Nebenamt die Funktion eines Hilfslehrers an der hiesigen Fachschule ausübende Kollege H. Regale das Wort zu seinem Vortrage: „Die Schließmappe der Fachschule“. Vortragender gab ein klares Bild über die Einrichtung der hiesigen Fachschule sowie über die Arbeitsweise in ihren einzelnen Kursen, um hierauf die aufstrebenden Arbeiten der Schüler vom letzten Jahr einer eingehenden Besprechung zu unterziehen. Vorkühender Söndner besprach dann die zur Tarifrevision gestellten Anträge zu §§ 73—79 des Tarifs. Daß der Tarifamtsbericht die Anträge der Gehilfen als zu weitgehend hinstellt, wies Redner zurück, da es ja die Prinzipale sind, die bedeutende Verschlechterungen für die Gehilfen in den Tarif und speziell in den Maschinenmeisterbestimmungen einbringen wollen, die weit eher als zu weitgehend zu betrachten sind. Vortragender erörterte dann die bekannten Anträge in eingehendster Weise, und zum Schlusse wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute, am 16. September tagende, sehr gut besuchte Versammlung der Maschinenmeister Münchens befaßte sich eingehend mit den seitens der Prinzipalität gestellten Anträgen zu den §§ 73—79 des Tarifs. Sie sieht in den Prinzipalsanträgen den Versuch einer durchgehenden bedeutenden Verschlechterung, erwartet aber von den Gehilfenvertretern, denen sie volles Vertrauen entgegenbringt, daß diese mit Nachdruck die Interessen der Gehilfen vertreten werden.“ Nachdem noch einige technische Fragen erledigt worden waren, hat der Vorkühende die Kollegen zu weiterer reger Anteilnahme am Verbands- und Vereinsleben und schloß mit einem Hoch auf den Verband die sehr anregend verlaufene Versammlung.

z. Stuttgart. (Mitgliederversammlung am 16. September.) Die letzte vor den Tarifverhandlungen abgehaltene Versammlung war wiederum äußerst zahlreich besucht; ein Beweis, wie ernst die Kollegen es mit den bevorstehenden Tarifverhandlungen meinen. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der verstorbenen Kollegen Friedrich Ungelker, Karl Uffimus, Kaspar Winter, Friedrich Weiz und Wilhelm Zohmiller in ehrender Weise gedacht. Nach Bekanntgabe einiger städtischer Angelegenheiten und Verlesung des Kassensberichts für das zweite Quartal, woraus zu entnehmen war, daß die Verbandskasse einen Überschuss von 12000 Mk. erzielte, die Kasse eine Vermögenszunahme von 3000 Mk. zu verzeichnen hatte, die Mitgliederkassette dagegen ein Defizit von 800 Mk. (wie alljährlich anlässlich des Johannistages) aufzuweisen hatte, hielt Herr Arbeitersekretär Mattutat einen Vortrag über: „Die Reichsversicherungsordnung“. In einem einstündigen Referate verstand es Redner in ausgezeichneter und leichtverständlicher Weise, den Zuhörern den „Segen“ der am 1. Januar 1912 in Kraft tretenden Reichsversicherungsordnung vor Augen zu führen. Reicher Beifall und der Dank des Vorkühenden im Namen der Versammlung wurde dem Referenten zuteil. Den Hauptpunkt des Abends bildeten die gestellten Anträge zur Tarifrevision. Der Vorkühende knie bezeugnete die Situation als eine sehr ernste; es könne sich heute nicht darum handeln, in eine Beratung der einzelnen Anträge einzutreten, er sei aber bereit, etwaige noch vorhandene Wünsche der Gehilfenschaft entgegenzunehmen. Bei Durchsicht der Anträge mißte konstatiert werden, daß sich die Anträge der Prinzipale und Gehilfen diametral gegenüberstehen. Die Prinzipalsanträge enthielten größtenteils Reduzierungen, das bedeute eine Schädigung der Gehilfen. Die einsetzende Diskussion, an der sich eine große Zahl von Kollegen beteiligte, bewegte sich trotz der Erbitterung über die Prinzipalsanträge in ruhigen Bahnen. Sämtliche Redner waren sich darüber einig, daß die meisten Anträge nicht diskutierbar seien, statt materieller Besserstellung der Gehilfen immer nur Abträge an den einzelnen Positionen. Besonders herbe Kritik wurde an dem Geschäftsberichte des Tarifamts geübt, speziell der Vorwurf, daß die Gehilfenschaft mit ihren Anträgen viel zu weit gegangen sei, müsse energig zurückgewiesen werden; eher könnte dies von den Prinzipalsanträgen behauptet werden. Nachstehende aus der Mitte der Versammlung eingebrachte Resolution: „Die am 16. September im „Gewerkschaftshaus“ tagende, überaus zahlreich besuchte Versammlung der Mitgliederschaft Stuttgart hält die im Geschäftsberichte des Tarifamts enthaltene Kritik der Gehilfenanträge zur Tarifrevision für unangebracht und nicht für geeignet, das Vertrauen zum Tarifamt als unparteiischer Instanz zu fördern. Die Gehilfen sind nach wie vor der Überzeugung, daß sie ihre Anträge nur im Sinne einer den jetzigen Feuerungsverhältnissen entsprechenden materiellen Verbesserung ihrer Lage gestellt haben und werden für diese Besserstellung einmütig eintreten. Die Gehilfenschaft bedauert lebhaft, daß die Prinzipalität in ihren Anträgen nicht das geringste Entgegenkommen zeigt, sondern nahezu durchaus die materielle Lage der Gehilfen verschlechternde Anträge gestellt hat“, fand gegen zwei Stimmen Annahme.

Rundschau.

Vorsicht vor Konditionsangeboten aus Mailand. Die Buchdruckereibesitzer von Mailand sperrten infolge eines Konflikts in einer einzelnen Druckerei (Stema Bonetti) sämtliche Arbeiter aus. Eine Versammlung der Bucharbeiter beauftragte die Vorstände, den Versuch zur Beilegung der strittigen Frage auf dem Verhandlungswege zu unternehmen. (Fortsetzung in der Beilage.)

Beilage zum Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

49. Jahrg.

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Leipzig, den 23. September 1911.

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweiligen nächsten Nummer.

Nr. 109.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

Unter dem Schutze der „Deutschen Buchdruckerzeitung“ wird nun in Zukunft die „Allgemeine Buchdruckerunterstützungskasse“ ebenfalls ihr Leben fristen und das Stündlein ihres Absterbens hinauszuschieben versuchen können. Denn Hermann Blantes, des unentwegten Verbandsgegners, literarisches Erbe hat sich zu ihrem Ritter aufgeschwungen und will uns Mores lehren, weil wir das Wachsen, Blühen und Gedeihen der in Subvention des Prinzipalsvereins und unter der Gönnerschaft des Organs des Deutschen Faktorenbundes stehenden „neutralen“ Buchdruckerunterstützungskasse an der Hand ihres vorjährigen Geschäftsberichts wahrheitsgemäß dargestellt haben und das Brimborium eifriger Überschuße und des Mitgliederanstandes allzu deutlich als etwas Verschwommenes, Unklares unserm Leserkreis unterbreitet haben. Darum stelle die „Deutsche Buchdruckerzeitung“ jetzt fest, daß die betreffende Kasse in unserm Verbandsrat ihrer Begründung ein Dorn im Auge sei, und es ein gutes Recht der Faktorenzzeitung wäre, für die Kasse einzutreten. Damit ist alles gesagt, was der Vollständigkeit halber im Verfolge dieser Angelegenheit noch zu sagen gewesen wäre. Es genügt vollständig, um all das, was wir in den Nummern 102 und 103 des „Korr.“ zuletzt und noch viel öfter früher schon zur Beurteilung dieser Kasse in Gehilfenkreisen geschrieben haben, die zu unterstreichen.

Die Buchdruckerei Richard Schmidt in Leipzig ist nach uns zugegangenen Mitteilungen zu jenen gewerblichen Nutzenstiftungen zu rechnen, die eine besondere Vorliebe für die Marke „Nichtverbändler“ haben und auch der Tarifgemeinschaft in weitem Bogen aus dem Wege gehen. Dementsprechend sind die Lohnverhältnisse unter aller Kanone, und zwar so, daß mancher Steinloper besser bezahlet ist als ein dort konditionierender Buchdrucker und daher von einem in „empfehlende Erinnerung bringen“ dieser Firma, wie uns zugemutet wurde, keine Rede sein kann.

Die mangelhafte Rentabilität mancher Gewerkschaftshäuser gab dem Gewerkschaftsorgan Leimpeters Herausforderung, in einem Artikel in Nr. 37 des „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ und Buchdruckern einiges am Zeuge zu flicken, weil an manchen Orten, wo Gewerkschaftshäuser bestehen, unsere Kollegen trotzdem noch in Privatwirtschaften verbleiben. Er nimmt für sich das Recht in Anspruch, der Überzeugung zu leben, daß es Pflicht aller der Generalkommission angeschlossenen und den örtlichen Gewerkschaftskartellen angehörenden Gewerkschaften sei, unbedingt in den Gewerkschaftshäusern zu verkehren. Wir bestreiten ihm dieses Recht nicht und würden es sogar ebenfalls begründen, wenn diese Auffassung auch wirklich von allen Mitgliedern der freien Gewerkschaften in gleicher Weise geteilt werden könnte. Das trifft aber leider nicht zu. Es gibt eben heutzutage in den freien Gewerkschaften noch viele Mitglieder, die in dieser Frage aus verschiedenen Gründen, teils berechtigten, teils unberechtigten, auf einem anderen Standpunkt stehen, wie man dies auch bezüglich politischer oder religiöser Anschauungen konstatieren kann. In den Bereich dieser Meinungsverhältnisse gehört auch die Stellungnahme zur Frage der Gewerkschaftshäuser. Sie kann und darf ebensowenig zu einem gewerkschaftlichen Dogma gestempelt werden wie irgendeine politische oder religiöse Frage, weil sie so wenig grundlegend ist für die gewerkschaftlichen Ziele als diese. Die Erreichung der gewerkschaftlichen Ziele, wie sie im Statut einer jeden freien Gewerkschaft präzisiert sind, ist nach alter gewerkschaftlicher Erfahrung nur dadurch zu erwarten, daß möglichst alle Berufsangehörigen sich in einer Gewerkschaft zur Verfolgung der gleichen Zwecke zusammengeschlossen haben. Das ist die Hauptsache. Und diese Hauptsache darf nicht gefährdet werden durch Sinecuren von prinzipiellen Streitfragen in eine Organisation oder Gewerkschaft, deren Entwicklung von einer guten oder schlechten Beachtung dieser Frage nur sehr wenig oder gar nicht berührt wird. Und das trifft gerade bei der Gewerkschaftshausfrage an vielen Orten für unsere Organisation zu. Dabei wollen wir nun an die prinzipielle Seite der Sache denken und die rein geschäftlichen oder sächlichen Gesichtspunkte ganz aus dem Spiele lassen. Denn ein Teil der letzteren wurde erst auf dem Dresdner Gewerkschaftskongress in unserer Sinne behandelt, daß es zu viel des grausamen Spiels wäre, wenn wir noch einmal darauf eingehen wollten. Es ist keine Eigensinnigkeit der Buchdrucker, wenn diese da und dort in ihrer Mehrheit in der Gewerkschaftshausfrage einen anderen Standpunkt einnehmen, als ihn Leimpeters wünscht. Das beweist ja schon die von ihm selbst zugegebene Tatsache, daß an anderen Orten der Standpunkt der Buchdrucker gar nichts zu wünschen übrig läßt, die Ursachen liegen vielmehr in den meisten Fällen auf der anderen Seite: bei den Gewerkschaftshäusern selbst, in ihrer Einrichtung, Lage, Verwaltung usw., und nicht zuletzt auch an den Beziehungen der leitenden Persönlichkeiten in den Gewerkschaftskartellen zu den Buchdruckern, die an Überhebung, Unfähigkeit und Intoleranz leider nicht selten das Möglichste herauskudeln. Und solange in dieser Beziehung gefündigt wird, dürfte auch in der vorliegenden Frage das Vorhandensein anderer Auffassungen nicht aus der Welt zu schaffen sein. Es deckt sich im allgemeinen unser Standpunkt vollständig mit dem des Sekretärs der Metallarbeiter, der Leimpeters auf die entsprechende intolerante Anzapfung folgende Antwort gab: „Das Gewerkschaftskartell hat überhaupt nicht das Recht, einer Gewerkschaft ihr Vertriebslokal vorzuschreiben, zu sagen, ihr müßt einfach im Gewerkschaftshause verkehren. Aber das Vertriebslokal einer Gewerkschaft bestimmen die Mitglieder allein, und stimmt die Mehrheit gegen das Gewerkschaftshaus, so ist das zwar bedauerlich, aber wir können dagegen nichts machen. Wir können selbst von unsern eignen Mitgliedern, sofern sie noch auf einem andern politischen Boden stehen, noch der nationalliberalen Partei, den Kriegervereinen, dem Zentrum angehörend, nicht verlangen, daß sie im Gewerkschaftshause verkehren.“ Wenn auch diese Antwort „keinen Anklang“ gefunden hat, wie Leimpeters behauptet, so drückt sie doch klipp und klar aus, was gegen seine Prinzipienreiterei gesagt werden muß. Damit wäre für uns vorläufig die Sache erledigt, wenn nicht im letzten Abschnitt des Artikels Leimpeters noch ein Grundgesetz aufgestellt würde, gegen den wir im Interesse gewerkschaftlicher Selbständigkeit unbedingt protestieren müssen. Es wird da die Nichtbeachtung irgendeines Beschlusses eines Gewerkschaftskartells als gewerkschaftlicher Disziplinbruch bezeichnet und infolgedessen auch als fortgesetzter Disziplinbruch angesehen, wenn ganze Gewerkschaften ein Gewerkschaftshaus förmlich boykottieren. Das geht denn doch entschieden zu weit. Ganz abgesehen davon, daß es geradezu eine Hyperbel ist, wenn behauptet wird, es gäbe in Deutschland auch nur eine einzige freie Gewerkschaft, die ein Gewerkschaftshaus tatsächlich boykottiere, so stellt die Behauptung, daß Nichtbefolgung eines Kartellbeschlusses einen permanenten Disziplinbruch gleichzustellen sei, eine solche Überspannung des Begriffs gewerkschaftlicher Disziplin dar, daß man sich allerdings nicht mehr zu wundern braucht, warum Leimpeters über so großen Mißerfolg mit feiner Auffassung über die Gewerkschaftshausfrage zu klagen hat. Das Studium der vom Kölner Gewerkschaftskongress zum Beschluß erhobenen Bestimmungen über die Stellung der Gewerkschaftskartelle in der Gewerkschaftsorganisation muß gegenüber solchen Lehren bringen empfinden werden. Sie sind auf Seite 50 und 51 des Protokolls des diesjährigen Gewerkschaftskongresses abgedruckt.

Zur geistigen Fortbildung der Berliner Gewerkschaftsmitglieder. Zwischen der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend, der freien Hochschule und der Humboldt-Akademie ist ein Übereinkommen getroffen worden, wonach die Kommission die Hörsalarten zu den Unterrichtskursen übernimmt und diese zum Vorzugspreise von 2 Mk. pro Kursus an die Gewerkschaftsvorstände abgibt. Die Vorlesungen werden alle Wissensgebiete umfassen: Kunst- und Kunstgeschichte, Musik und Musikgeschichte, Literatur und Literaturgeschichte, Philosophie, Lebens- und Weltanschauung, Weltgeschichte, Urgeschichte, Entstehungsgeschichte, Entwicklungslehre, Zoologie, Technik, Physik, Chemie, Medizin, Hygiene, Ethik, Sexuallehre, Recht, Volkswirtschaft, Staatswissenschaft, Bürgerkunde, Handelskunde usw. Besonders reichhaltig sind die Kurse zur Erlernung fremder Sprachen: Französisch, Englisch, Italienisch, Russisch und Lateinisch sind je mit mehreren Zyklen vertreten. Ferner sind Diskussionsübungen über Tagesfragen und Übungen in der Kunst des Vortrags vorgesehen. Der Erlernung des Schachspiels dient ebenfalls ein Kursus. Eine Anzahl Vorlesungen werden durch Lichtbilder und Demonstrationen erläutert werden. Die Vorlesungen und Unterrichtsstunden beginnen Anfang Oktober. Die Mitglieder, welche sich an denselben beteiligen wollen, können die Hörsalarten von ihrer Ortsverwaltung oder im Bureau der Gewerkschaftskommission, Engelauer 15 I, Zimmer 23, in der Zeit von 9 bis 1 und 4 bis 8 Uhr bekommen. (Sonnabends nur vormittags.)

Für Verkürzung der Arbeitszeit tritt in letzter Zeit niemand anders ein als die deutsche Reichsregierung, und zwar im deutschen amtlichen Kataloge für die Züriner Weltausstellung. Nach einer eingehenden Schilderung der Arbeiterbildungsbestrebungen und -möglichkeiten in Deutschland und der Feststellung, daß damit der Industrie Deutschlands Arbeiter herangebildet wurden, „die zu den bestqualifizierten Arbeitskräften der Welt gehören“, kommt der amtliche Verfasser des Vorworts zu folgenden interessanten Schlußfolgerungen: „... Alle diese Einrichtungen... ermöglichen, daß insbesondere dort, wo es sich um Maschinenarbeit handelt, mit größter Intensität produziert werden kann, wie man denn die Erfahrung gemacht hat, daß eine Herabsetzung der Arbeitszeit zum mindesten für qualifizierte Arbeiter nicht etwa einen Rückgang der Produktion, sondern im Gegenteil eine Zunahme derselben im Gefolge hat.“

Die politische Neutralität der Innungen, dieser gefällig geschützten Unternemmergewerkschaften, zeigt sich durch ein jenseits bekannt gewordenes Programm des Zentralausschusses der vereinigten Innungsverbände Deutschlands in Hinsicht auf die bevorstehenden Reichstagswahlen in sehr eigenartiger Weise. Es werden darin zehn Punkte als Richtschnur für die Unterstützung der Kandidaten aufgestellt, und zwar: Verpflichtung zum Eintreten für Errichtung besonderer Handwerksabteilungen in den Ministerien, Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit des Handwerkers in der Sozialpolitik, Ablehnung der Arbeitskammern und der Arbeitslosenversicherung; dagegen Schutz den Arbeitswilligen, Ausbau der Fachfortbildungsschule ohne Religionsunterricht, reichsgesetzliche Regelung des Verdiensts, Fortführung der Maßnahmen zur Bekämpfung des Bauhschwinds, zweckdienliche Mittel zur Verhinderung der Konkurrenz der Gesellenarbeit, der Warenhändler, der Beamten- und sonstigen Konsumvereine, der Wanderlager und der Weißhändler, Schutz der bestehenden Handwerksbetriebe vor Anwendung gewerbepolizeilicher, für das Fortbestehen derselben ruinöser Bestimmungen und Revision der Bäckerei- und ähnlicher Verordnungen. Es wird demnach Sache der Arbeiterbewegung sein, auch ihrerseits dafür zu sorgen, daß die zukünftigen Vertreter im Reichsparlament die wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter nicht als Nebensache betrachten. Denn was den Innungen erlaubt ist, kann den Arbeiterorganisationen nicht verboten sein, wenn vor dem Gesetz in Deutschland alle gleich sein sollen.

Diebstahl beim Bergarbeiterverband. In der Nacht vom 16. auf 17. September wurde in dem Klassenraume des Zentralvorstandes des Bergarbeiterverbandes in Bochum ein Einbruchdiebstahl verübt. Die vorgefundenen Merkmale wiesen im ersten Moment auf einen Einbruch von fremder Seite hin. Im Laufe des Montags stellte sich jedoch heraus, daß der Täter in dem bisherigen Hilfsstellenbeamten Kreis zu suchen sei. Kreis ist flüchtig. Aus dem Klassenraume sind zwei kleinere Geldtaschen ihres Inhalts beraubt worden. Weiter hat sich herausgestellt, daß Kreis durch gefälschte Unterschriften erhebliche Beträge bei einer Bank und beim Schiedsamt erhoben hat. Diese Manipulationen waren nur dadurch möglich, daß Kreis die Abwesenheit des Hauptkassierers Horri ausgenutzt hat. Die Gesamthöhe der veruntreuten Summe beträgt etwa 25000 Mk. Gerichte, in denen viel höhere Summen angegeben werden, sind nicht zutreffend. Jeder, der Kreis gefasst hat, würde nicht geglaubt haben, daß er einer solchen Handlung fähig wäre, da er allenthalben als höchst vertrauenswürdig galt. Bemerkenswert ist noch, daß man dem Täter auf der Spur ist, und daß der Vorstand des Bergarbeiterverbandes alle Schritte getan hat, um des Täters habhaft zu werden.

Gewerkschaftsnachrichten. Zur Aussperrung in der Metallindustrie Thüringens ist zu berichten, daß die zentralen Verhandlungen vom Unternemmerverbanden fallen gelassen wurden, weil die Zahl der ausserverordneten Firmen immer geringer wurde und zu erwarten war, daß die Aussperrung überhaupt im Sande verlaufen würde. Es sollen nun Verhandlungen mit einzelnen Ortsgruppen stattfinden, und zwar so, daß der Reihe nach die Aussperrung aufgehoben wird, wenn die Arbeiter in allen Betrieben die Arbeit aufnehmen. Die Aussperrung in Eisenach, Erfurt und Gotha ist beendet. Für Altenburg und Jena haben schon Verhandlungen stattgefunden. Die endgültige Entscheidung erfolgt in Betriebsversammlungen. Auch in Saalfeld sind Einigungsverhandlungen im Gange. Eine erfolgreiche Bewegung haben die Metallarbeiter in Frankfurt a. D. zu verzeichnen. — In Wermelskirchen wurden die Schuhfabrikarbeiter ausgesperrt, da der Fabrikantverein die vorher vereinbarten Abmachungen nachträglich nicht anerkannte. Die Unternehmer müten den Arbeitern Lohnreduzierungen zu. — In Irland sind die Eisenbahner in einen allgemeinen Ausstand getreten. Die Ursachen sind auf Verweigerung von Streikarbeit zurückzuführen.

Verschiedene Eingänge.

„Kann die Erde untergehen?“ Betrachtungen über die kosmische Stabilität unseres Erdenlebens. Von Felix Linke. Vierzigste Bändchen der kleinen Bibliothek. 134 Seiten. Illustriert. Preis broschiert 75 Pf., gebunden 1 Mk. Vereinspreis 50 Pf.

„Jahrbuch 1910 des Deutschen Holzarbeiterverbandes.“ Herausgegeben vom Verbandsvorstande. „Vödenreform.“ Organ der Vödenreformer. Erscheint am 5. und 20. jeden Monats. Heft 17. 22. Jahrgang.

„In Freien Stunden“, Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstraße 69. XV. Jahrgang, Heft 33. Preis pro Heft 10 Pf.

Bestorben.

In Berlin am 24. August der Seher Bertold Lindner aus Ratibor, 28 Jahre alt — Nierenentzündung; am 28. August der Seherinvalide Wilhelm Jäger aus Brandtlow bei Byritz, 47 Jahre alt — Herz- und Nierenleiden; am 3. September der Seherinvalide Karl Marggraf von dort, 39 Jahre alt — Gehirnerweichung; am 5. September der Seherinvalide Emil Strobel aus Lrieb, 33 Jahre alt — Lungenstillstand.

In Darmstadt am 12. September der Faktor Ludwig Geyer von dort, 28 Jahre alt.

In Hamburg am 14. September der Seherinvalide Peter Bernhard Jensen von dort, 78 Jahre alt — Geisteskrankheit.

In Hannover der Invalide Heinrich Warnde, 68 Jahre alt — Schlaganfall; ferner der Seher Georg Müller, 50 Jahre alt — Magenkrebs.

In Stuttgart am 16. September der Seher Wilhelm Lohmüller, 59 Jahre alt.

In Wien am 8. September der Drucker Georg Appel, 25 Jahre alt.

Briefkasten.

Nach Göttingen: Am besten wäre es, wenn der mühsam aus Platten zusammengeschuferte „Götterbote“ den Inhalt des warm empfohlenen Kresserschen Vitafests durch Gratisbeilage jener Broschüre über seine spätere Leserfrage ausschütten würde. Damit wäre der Gehirnerweichung und ergo auch dem Gutenbergsyndrom gedient. — U. B. in Berlin: Bericht erforderte Strapazito. — G. St.: Ein solches Studienwert ist uns nicht bekannt. — Nach Vörrath: Kowert enthält ein unvollständiges Schreiben. — B. R. in Koblenz: 2,75 Mk. — R. Sch. in Stuttgart: 2,60 Mk.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 9, Mariendorfer Straße 13 I. Fernsprechamt VI, 11491.

Bremen. Der Maschinenseher Peter Röder wird in einer Klagesache um Angabe seiner Adresse an den Schiedsgerichtsvorsitzenden E. Könnau, Raffestraße 4, ersucht. Die Funktionäre werden gebeten, R. hierauf aufmerksam zu machen.

Abressenänderungen.

Altenau. Vorsitzender: G. Hahn, Rottenbachstraße 10 I; Kassierer: A. Freund, Zechenhaus 14 II (ab 1. Oktober).

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Warjinghausen der Drucker Eduard Priggen, geb. in Moskau 1892, ausgl. in Berlin 1911; war noch nicht Mitglied. — Th. Ehrhardt in Hannover, Nikolaistraße 7 II.

In Calw der Seher Joseph Kühnle, geb. in Neustich 1877, ausgl. in Mengen 1894; war schon Mitglied. — Karl Rnie in Stuttgart, Heustiegstraße 54 p.

In Duisburg 1. der Stereotypseher Joseph Schäfer, geb. in Düsseldorf 1878, ausgl. bei 1898; 2. der Seher Ewald Schneider, geb. in Hamburg-Ottensen 1892, ausgl. in Hamburg 1911; 3. der Drucker Tillmann Langen, geb. in Wluy (Kr. Mörs) 1890, ausgl. in Mörs 1909; waren noch nicht Mitglieder. — In Emmerich der Seher Oskar Erich Paul Henning, geb. in Heegemühle bei Eberswalde 1882, ausgl. in Hamburg; war schon Mitglied. — Rud. Palek in Duisburg, Ruhrorter Straße 86.

In Gera der Seher Joh. Bergarden, geb. in Wesel a. Rh. 1881, ausgl. bei 1900; war schon Mitglied. — Paul Feufel, Blauenische Straße 100.

In Kassel der Seher Reinhold Köppe, geb. in

Getfeld 1893, ausgl. bei 1911; war noch nicht Mitglied. — In Hersfeld bei Seger 1. Nikolaus Uttenburg, geb. in Hersfeld 1864, ausgl. bei 1882; 2. Konrad Glas, geb. in Hersfeld 1881, ausgl. bei 1900; 3. Peter Gohmann, geb. in Hersfeld 1890, ausgl. bei 1908; 4. Konrad Graf, geb. in Hersfeld 1878, ausgl. bei 1897; 5. Georg Kint, geb. in Hersfeld 1892, ausgl. bei 1910; 6. Daniel Orth, geb. in Hersfeld 1886, ausgl. bei 1905; 7. Karl Rössing, geb. in Hersfeld 1893, ausgl. bei 1911; 8. Hans Schacht, geb. in Hersfeld 1893, ausgl. bei 1911; 9. der Drucker Jakob Spangenberg, geb. in Hersfeld 1876, ausgl. bei 1894; waren noch nicht Mitglieder; die Seger 10. Ernst Gerlach, geb. in Hersfeld 1883, ausgl. bei 1901; 11. Konstantin Hilgert, geb. in Hersfeld 1888, ausgl. bei 1906; waren schon Mitglieder. — Konrad Engelbach in Kassel, Wildemannsstraße 44 II.

In Landesgut i. Schles. der Seher Wladislaus Pfölgel, geb. in Koshmin in Posen 1879, ausgl. bei 1899; war schon Mitglied. — E. Schipke in Pirschberg in Schlesien, Straußer Straße 24 I.

In Nikolai (Oberschlesien) 1. der Drucker Paul Bajont, geb. in Byrow b. Nikolai 1892, ausgl. bei 1910; 2. der Seher Hugo Postawa, geb. in Nikolai 1892, ausgl. bei 1910; 3. der Stereotypseher Ernst Weiß, geb. in Gleiwitz 1885, ausgl. in Nikolai 1904; waren noch nicht Mitglieder. — Wilhelm Bogler in Kattowitz, Stillerstraße 4 III.

Veranstaltungskalender.

Dresden. Stereotyp- und Galvanoplastiker-Verammlung (am Dresden) Sonntag, den 24. September, vormittags 11 Uhr, in Wilhelm Schinads Gasthaus, Kleine Pianovische Gasse 2.
Weimar. Verammlung heute Sonnabend, den 23. September, abends 8 1/2 Uhr, im „Volkshaus“.
Wiesbaden. Verammlung heute Samstag, den 23. September, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.

Schriftgießerei sucht tüchtigen Fachmann, der Lust und Talent zu einem Reiseposten hat. Offerten mit Gehaltsansprüchen usw. unter L. H. 4403 an Rudolf Mosse, Leipzig, erbeten.

Tüchtiger Stempelscher [757] auch firm im Stempel- und Insetarbeit; tüchtig Stellung. Angebote erb. an **Lehrer, Leipzig, Seemannstr. 18.**

Galvanoplastiker

Langjähr. Meister einer Weltfirma, mit vorzügl. Referenzen, sehr tüchtig in der Herstellung von **Rundgalvanos und Autotypen** in der Stereotypie sowie Gusschriftgießerei; erzeuigen, wünscht per Januar oder früher Engagement. Werte Beiträge unter „Großdruckerei“ postl. Postamt 75, Wien, erb. [760]

Galvanoplastiker

gegen hohen Lohn und dauernde Beschäftigung **Carl, Leipzig, Seemannstr. 18.**

MEYs Stoffwäsche

(Kragen, Manschetten, Vorhemden) aus der Fabrik von Mey & Edlich in Leipzig-Plagwitz

ist der beste Ersatz für Leinenwäsche.

Mey's Stoffwäsche besteht aus Karton, der mit leinwandähnlich appretiertem Schirting bezogen ist, wodurch sie ein Aussehen der Leinenwäsche täuschend gleicht. Die Anschaffungskosten sind nicht höher, als der Preis für Waschen und Bügeln leinener Wäsche beträgt. Dabei vermeidet man alle Unannehmlichkeiten, die beim Gebrauche von Leinenwäsche unausbleiblich sind. Vielmehr trägt man stets neue, tadelloser sitzende Wäsche von höchster Eleganz, die sich auch bei vermehrter Transpiration aufs Beste bewährt. [655]

Die Wäsche wird in den modernsten Formen in weiß und farbig angefertigt.

Ein einmaliger Versuch führt zu dauernder Verwendung!

Mey's Stoffwäsche ist fast überall erhältlich, kann aber auch direkt bezogen werden vom **Versandgeschäft Mey & Edlich in Leipzig-Plagwitz.**

Illustrierte Preisliste auf Verlangen kostenfrei.

Kollegen empfehle mein praktisches und leicht handliches **Rechenheft „Rechnung“**, Preis 1 Mk. Verleihe gegen Nachnahme oder vorh. Einzahlung von 1,20 Mk. Bitte bei Bestandsbefragung um genaue, deutliche Adresse. [758] **Hermann Ananth, Leipzig-N., Lingerstraße 21.**

In der Gewerkschafts- und Parteipresse günstig besprochen und empfohlen: **Führer durch die deutsche Reichsversicherungsordnung.** Bearbeitet vom Arbeitersekretär Kollegen Otto Nylan (Leipzig). — Preis 1 Mk.; für Gewerkschaftsmitglieder 50 Pf. — Es empfiehlt sich gemeinsamer Bezug der Ortsvereine. Leipzig, N. Melanderstraße 6. Verlag N. Günther. Textausgabe der **AVD**, mit ausführlichem Sachregister und Anmerkungen statt 3 Mk. nur 2,50 Mk.



Wenn wir Sie sprechen könnten würden wir Sie sicher davon überzeugen, dass Sie durch direkten Bezug aus unserer Fabrik in Anzugstoffen, Paletstoffen, Hosenstoffen, Westenstoffen, Damettuch etc.

unbedingt Vorteile haben. Spezialität: Erstklassige Neuheiten in besserer Qualität, zu allerbilligsten Preis. Verlang. Sie durch Postkarte. Mühe; wir senden dieselb. sofort franco ohne Kaufwang. **Lehmann & Assmy, Spremberg L. 227** Grösste u. älteste Tuchfabrik Deutschlands dies. Art. [628]

Unentbehrlich zur Meisterprüfung und praktisches Handbuch für jeden strebsamen Buchdrucker: **Die Meisterprüfung im Buchdruckgewerbe** in Frage- und Antwortform nach praktischen Erfahrungen mit tüchtigster Berücksichtigung des neuen Preistarifs, Preisgesetzes und Urheberrechts. von **J. B. Lindl**, Mitglied der Meisterprüfungskommission für das Buchdruckgewerbe in München. **Zweite erweiterte Auflage.** Verlag J. B. Lindl, München 2 SO. 2,50 Mk. gegen Nachnahme oder Vereinsendung des Betrags auf Postcheckkonto München 910. [638]

Soeben erschienen: **Die Kultur der Linie** im Akzidenzfach. Hochinteressant und lehrreich für jeden Akzidenzsetzer. Preis 1 Mark (Porto 10 Pf.). 28 Seiten Text und 44 lehrhafte Beispiele. Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder vom Kollegen **Alfred Wendler, Braunschweig, Scharnhorststr. 10.**

Technikum für Buchdrucker Leipzig-R. 280. Bildungsstätte für Söhne von Buchdruckereibesitzern und Buchdruckern, welche sich für leitende Stellungen vorbereiten wollen. — Vorbereitungskurse für die Meisterprüfung. — Man verlange Prospekt.

Aktien, Urkunden u. Diplome verlangen besonderen Geschmack und besondere Kenntnisse. Wer sich hierüber belehren will, schaffe sich das Heft an. Preis 75 Pf. **Julius Mäser in Leipzig-R.**

Teilzahlung Wertvollste Uhren und Goldwaren (jährl. Verkauf über 25.000 Uhren, Fotoapparate u. Schirmmascchen, nur erste Fabrikate, v. 12 bis 550 Mark). — Verlangen Sie Hauptkatalog über Uhren und Goldwaren, oder Spezialkatalog über Photoapparate kostenfrei **Jonas & Co., Berlin O. 407 Belle-Alliance-Straße 3.**

Radfahrer kaufen ihren Bedarf am vorteilhaftesten durch uns. Reichhaltige Preisliste gratis. **Hans Hartmann A-G, Eisenach 11** Grösstes Sporthaus Mitteldeutschlands.

Setzerblusen echt blauweiß gestreift u. in jeder Farbe: 110 120 130 140 cm lang. Qual. extra 3,40, 3,60, 3,80, 4,00 Mark. „Pa.“ 3,10, 3,20, 3,35, 3,50 „ „ I. 2,85, 3,00, 3,15, 3,30 „ „ II. 2,65, 2,70, 2,85, 3,00 „ „ III. 2,20, 2,35, 2,50, 2,65 „ Maschinennormaleranzug zu 2,50—6,00 Mk. **Arno Etzold in Gera (R.)** Fabrik für Berufskleidung und Wäsche. Katalog freil. [292]

Zum 40jähr. Bestehen des Verbandes erschienen: Dichtung von **Festhymne** von **Will Krahl**; **Verbandshymne** kompon. von **A. Schwoichert** mit kleiner Orchester- oder auch Pianofortebegl. Verlag Radell & Hille, Leipzig.

DEUTSCHE BUCHDRUCKER-STENOGRAPHEN-VEREINIGUNG **STOLZE-SCHREY.** Stenographischen Fernunterricht erteilt Kollege Joh. Heinen, Traben-Trarbach (Mosel). Lehrmittl. 1,50 Mk., außerdem Vergütung d. Portoauslag. [945]

Deutsche Buchdrucker-Stenographenvereinigung **Stolze-Schrey.** [741] I. A.: Joh. Heinen, Traben-Trarbach (Mosel).

Güte in allen Preislagen bei **Weidner**, Buchdruckmeister, Berlin, WeinstraÙe 57. Verbandsmitglieder erhalten 10 Prozent Rabatt.

Unsern lieben, alten Freund und Kollegen **Oskar Penkert** in München, dem Mitbegründer des Vereins Leipziger Buchdruckergehilfen und des Deutschen Buchdruckerverbandes, zu seinem 70. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche. Möge es diesem Veteran der Arbeit vergönnt sein, mitlarm seiner geliebten Gefährte einen heiteren, sorglosen Lebensabend zu genießen! [763] **Herik Schröter, Ed. Sauer, Stuttgart.**

Unterschiedener Bittet die werten Kollegen um Angabe der Adresse des Schriftsetzers **Paul Semmler** geb. in Berlin. Auslager werden gern zurück, erstattet. **Hermann Witter, Berlin N., Reinickendorfer Str. 64, v. IV.** [761]

Am 12. September verschied in seiner Heimat, wohin er auf seinen Wunsch von Kreuznach verbracht worden war, nach langem, schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Faktor **Ludwig Geyer** aus Darmstadt, im Alter von 28 Jahren. Wir verlieren an ihm ein allezeit unerschrocken für die Verbandsinteressen einsetzendes Mitglied. Sein Andenken werden wir in Ehren halten. [765] Die Mitgliedschaft des Bezirks Koblenz.

Adressen für Zusendungen an den „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“: für Artikel, Gebete, Gesellen- und Volkswirtschaftliche; **Will Krahl**; **Socialpolitische, Rundschau und Literarisches**; **Charles Schäffer**; **Korrespondenzen, Ausland und Heilseten**; **Karl Semmler**; **Verbandsnachrichten, Inserate, Offerten, Postanweisungen usw.**; **Gera 28611**; (Anstalt in Leipzig, Salonstraße 8, Fernspr. 14111, Straße und Hausnummer ist stets anzugeben)